



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

G8 – Für Demonstrationsfreiheit und nachhaltige Entwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

I. Teil

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass in Heiligendamm viele Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen und ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nutzen, um gegen die Politik der G8-Staaten zu demonstrieren. Er stellt fest, dass es ein demokratisches Grundrecht ist, Protest sichtbar zu zeigen und nicht etliche Kilometer vom eigentlichen Geschehen entfernt. Er unterstützt daher ausdrücklich die Haltung von Innenminister Stegner gegen die Errichtung einer Bannmeile. Der Landtag verurteilt die wegen einer angeblich „überhöhten Gefahr“ angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung, wie den Einsatz von „Schnüffelhunden“ und die Vorbeugehaft von gewaltbereiten Personen, als übertrieben und der Situation nicht angemessen.

Die Mehrzahl der Demonstrantinnen und Demonstranten kommt mit friedlichen Absichten nach Heiligendamm. Der Landtag begrüßt, dass die Schleswig-Holsteinische Polizei für den Umgang mit den wenigen gewaltbereiten Demonstrantinnen und Demonstranten auch in der Vorbereitung auf den G8-Gipfel ihren Schwerpunkt auf die Deeskalation der jeweiligen Situation gelegt hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine länderübergreifende Strategie für den Umgang mit gewaltbereiten Demonstrantinnen und Demonstranten einzusetzen, bei der – im Gegensatz zu den aktuellen Maßnahmen des Bundesinnenministers - die Deeskalation im Vordergrund steht.

II. Teil

Deutschland hat in diesem Jahr die Präsidentschaft der Gruppe der Acht (G8) inne. Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrieländer und Russlands treffen Anfang Juni 2007 in Heiligendamm bei Rostock zusammen, um Entscheidungen mit weltweiter Wirkung zu fällen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt sich für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung ein. Es sollen nicht immer weniger Menschen immer mehr des Gesamt reich tums der Welt auf sich vereinen, während in ärmeren Regionen der Welt die Menschen verhungern müssen, nicht genug Wasser und keinen Zugang zu Bildung oder sonstiger Teilhabe haben und in besonderem Maße unter klimabedingten Naturkatastrophen leiden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die G8-Staaten ihr Versprechen der Armutsbekämpfung einhalten und die Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2015 auf einen Anteil von 0,7 Prozent am BNP erhöhen. Durch die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, einer Flugticketabgabe oder einer Kerosinsteuer sollen zusätzliche Mittel für eine Umsetzung der Millenniumsziele mobilisiert werden. Die G8-Staaten sollen gemeinsam mit den Schwellen- und Entwicklungsländern soziale und ökologische Standards festlegen und den Menschenrechtsschutz weltweit voranbringen. Die Bundesregierung soll den Kampf gegen die Klimaveränderung zum Kernthema der deutschen G8-Präsidentschaft machen und darauf drängen, dass sich alle G8-Staaten dazu verpflichten, die Klimaerwärmung auf plus zwei Grad zu begrenzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, ihren Beitrag zu leisten und die Streichungen der Mittel für die Entwicklungsarbeit rückgängig zu machen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert keinen Gipfel der schönen Worte, sondern einen der konkreten Taten!

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion